

# Volksrechtliche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1920 Nr. 193

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

**Bezugspreis:** für diese und auswärts bezogen monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18,00, halbjährlich Mk. 36,00, jährlich Mk. 72,00. Durch die Post bezogen monatlich postal. Belegkarte.  
**Verkaufspreis:** für diese und auswärts bezogen monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18,00, halbjährlich Mk. 36,00, jährlich Mk. 72,00. Durch die Post bezogen monatlich postal. Belegkarte.  
**Abdruckgebühren:** für die Redaktion 50 Pf., für die Druckerei 100 Pf. pro Zeile und Woche.

**Morgen-Ausgabe**

**Dienstag, 11. Mai**

**Anzeigenpreis:** Die Spalte 24 mm breit, 10 mm hoch, 10 Zeilen lang, 100 Wörter umfänglich 2,50 A. über das Maß hinaus 100 A. pro 100 Wörter.  
**Geldanzeigen:** Berlin: Bernburger Str. 30. Dresden: Markt 1. Karlsruhe: Nr. 12890. Gießen: Berliner Schriftleitung. — Der Laus. Fernruf am 0110. Diele. Halle: 2400.

### Neueste Tagesnachrichten

- \* Am 12. Mai findet in Berlin eine Sitzung des Reichesverbandes der Bankeinstellungen statt, in der die Forderungen der Beamten Stellung genommen werden wird.
- \* Die französische Besatzungsbehörde in Frankfurt hat für das Opernhaus erlassene Spielverbot aufgehoben.
- \* Der Reichspräsident hat die Besatzungsbehörden in Berlin die Pläne zur Konferenz von Spa ab.
- \* Der Führer der französischen Sachverständigenkommission Professeur der Reichspostverwaltung sprach sich für sofortige Weggang der Entschädigungssumme aus.
- \* Die türkische nationale Armee rückt gegen die Dardanellen vor.
- \* Die Japaner haben nach einer Reutermeldung aus Beijing drei Divisionen in Zivilkleidung nach Sibirien geschickt.

### Mittis Politik

Mont, 10. Mai.

Bei Besprechung der Interpellation über die ausbleibende Politik sagte Ministerpräsident Mittis in der Kammer über die Konferenz in Spa: Dieser Konferenz konnte große politische Bedeutung zu. Die Mittierten würden jetzt zu prüfen haben, welche von Deutschland übernommenen Verpflichtungen aufrechterhalten werden könnten. In Bezug auf die Wiedergutmachungen werde man Deutschland Gelegenheit geben, eine neue Summe zu nennen, die von seinen Mittierten mit Inanspruchnahme geprüft werden würde. Dem deutschen Verlangen auf Ueberlassung von Geschäften und Flugzeugen würden die Mittierten aber nicht entsprechen können. Täglichen werden alle deutschen Wünsche auf Lösung seiner Produktion mäßigend und eingehend berücksichtigt werden, denn ganz Europa habe ein Interesse daran, daß Deutschland wirtschaftlich sich wieder erhole, was auch für die anderen besetzten Länder gelte.

Wie erwartet, hat die gestrige Kammerdiskussion über die italienische Außenpolitik den Mangel einer ersten Opposition auf diesem Gebiet gegen das Kabinett Mittis gezeigt, so daß selbst eine Weggang für überflüssig gehalten wurde. In seiner Rede erklärte Mittis, daß alle Staaten in Europa mehr oder weniger mitverantwortlich sind für die Schaffung eines Weltfriedens, der zum Erfolg geführt hat. Der Sozialist Treves protestierte energisch gegen die Vergewaltigung Deutschlands durch französische schwarze Truppen und erklärte es als absurd, daß Deutschland einem Vertrag unterworfen haben könne, dessen Ausführung sich als unmöglich erweisen hat. „Secors“ stellt fest, daß alle Parteien darin einig sind, daß Italien für die Gleichberechtigung der Nationen und den Frieden eintreten muß, eine Politik, welche fordern wird, auch wenn das Kabinett Mittis fallen sollte.

### Selbstgebung der Kriegsentfädigung

Paris, 9. Mai.

Der „Matin“ meldet, daß gestern abend die französischen Finanzminister in London angekommen sind, um dem Montag ab mit den englischen Sachverständigen über die Frage von Spa zu verhandeln.  
Der Führer der Delegation erklärte dem „Matin“, er sei für die sofortige Fixierung der Gesamtsumme, die Deutschland zu bezahlen habe. Er würde sogar mit Befriedigung sehen, wenn man noch eine Laufzeit hinzufügen würde, durch die man den Deutschen sage, sie können eine Herabsetzung der Gesamtsumme erlangen, wenn sie rascher bezahlen, als schließlich sei. Die deutschen Forderungen nach außerordentlichen Zinsen, Reparationen, festes Material, wie z. B. Eisenbahnmateriale. Die Besatzungsbehördenkommission haben heute in fünf oder zehn Tagen die Entschädigungssumme festsetzen, denn sie könne doch nicht als annähernd bestimmt werden. Es sei unmöglich, den Deutschen eine Summe zu versprechen, die nicht bezahlt werden könne. Seine Schlußfolgerung sei, daß die Summe festgelegt werde, ohne den Nationen Schaden zu tun und ohne eine wirtschaftliche Desastre herbeizuführen, und man mehr befrage.

Amsterd., 10. Mai.

„Telegraaf“ meldet aus Brüssel: In der Konferenz in Spa werden Frankreich, England, Italien, Japan und Belgien teilnehmen. Der amerikanische Gesandte wird die Sitzungen beobachten, ohne an den Entscheidungen teilzunehmen.

Paris, 10. Mai.

Der „Welt Posten“ meldet, daß Mittis seinen Weg in die Reichskammer hat, nachdem er in Berlin...

In der Berliner Zusammenkunft wird, die vorläufige Beschlüsse darüber fassen soll, wie die deutsche und französische Wirtschaft miteinander Stand in Stand arbeiten können. Die Franzosen sind bereit, die deutschen Industrie den Vorschlag zu machen, daß die deutsche Industrie die französischen von Frankreich aus erfolgen soll, während die Deutschen die Veredelungsgüter zu liefern und das gesamte Material dann an Frankreich zurückzuführen hätte. Man redet aber in Frankreich von Vorkriegsstand, damit, daß die Verhandlungen mit der deutschen Industrie in diesem Punkte seine letzten sein werden.

### Vor einer russischen Gegenoffensive

Ein russischer aus Moskau meldet:  
Vor Unterdrückung aller mit den russisch-polnischen Kriegen zusammenhängenden Fragen und um die Berücksichtigung der russischen Gebiet eingedringener polnischer Streitkräfte schließlich zu ermöglichen und dadurch den endgültigen Sieg zu sichern, hat der Rat der Volkskommission einen Rat der militärischen Sachverständigen ernannt, der mit den entsprechenden Vollmachten versehen, eine Entschädigung angenommen hat. Dem Vorsitz führt General Kravtsov, der frühere Oberkommandant der russischen Armee nach der Februarrevolution. Mitglied des militärischen Rates sind der frühere russische Reichsminister Poljanow, der erste Kriegsminister nach der Revolution Kozlovski, der frühere russische Armeegruppenkommandant Gromomski, General Alonow, Oberkommandant der Westfront unter dem Jaren, Kapjowski, Armeegruppenkommandant an der rumänischen Front, Kuznetsov, Kommandant der ersten Armee, Barsk, Kommandant der Donarmee, Alimov, Generalintendant unter dem Jaren. Die Besatzungsmission arbeitet beim Oberkommandanten aller Streitkräfte der Sowjetrepublik.

### Militärkonvention zwischen Rußland und der Türkei

London, 10. Mai.

„Times“ meldet aus Teheran: Zwischen Sowjetrußland und den türkischen Nationalisten ist ein Militärbündnis für den Zeitraum von 10 Jahren abgeschlossen worden. Die türkischen Nationalisten übernehmen die Verpflichtung, in einer bestimmten Anzahl von Fällen für den Fall der Veranlassung nicht einzuschreiten, während Sowjetrußland sich verpflichtet, den Türken im Falle eines Angriffes der Mittierten beizustehen.  
Auch hinsichtlich der Türkei, daß die nationalisierten Truppen ihren Standort bei Bagdad mit vertriehenen Streitkräften fortsetzen. Sie hätten Bagdad besetzt und bebrohen jetzt die Dardanellenhäfen sowie Tahan (?), wo englische Truppen hängen. Ferner hätten sie Konstantinopel besetzt, wo sie Batterien schwerer Geschütze eingebaut haben sollen.

### Streikunruhen in Posen

Aus der ehemaligen Provinz Polen veröffentlicht die „D. T.“ Meldungen über erneut ausgebrochene Unruhen, die in Posen und Gdansk zu bemerken sind. Die Unruhen sind gefährlich haben sollen. In Posen streikten noch diesen Morgen die Eisenbahner und Arbeiter, so daß der Zugverkehr von und nach Posen schon wieder unterbrochen sein soll. Auch in Gdansk, Lissa und Gollub soll es Feiern der Arbeiter zu Streiks und Unruhen gekommen sein.

### Kein Generalstreik in Oberschlesien

Olefin, 10. Mai.

Der politische Streik der Polen ist von vornherein nur für die Guben proklamiert worden, weil die Anhängerzahl der Polen unter den Arbeitern der übrigen Industrie immer geringer wird. Auf den Guben kann sich der politische Streik am besten ausbreiten, weil schon eine verhältnismäßig geringe Zahl an einem entschlosseneren Reute genügt, das Leben und die Sicherheit der etwa gegen eine Streikparade Guben zu gefährden. Trotz dieser Gedanke ist der Streik in gut in die Guben verlagert worden. In der Tat ist in den Guben ein Streik ausbrochen, in dem Arbeiter die Guben vollständig. So sind auf den einzelnen Guben die Arbeiter Streiklostenvereinigungen nur etwa 20 Mann eingetragene. Am gesamten Arbeiter Streik beträgt die Zahl der Angehörigen drei Viertel. Charakteristisch ist daran, daß über Posen, wo die Besatzungsarmee sich befindet, wenigstens ein Drittel der Besatzung einestrichen ist. Im Zentralstreik streikt nur etwa die Hälfte der Besatzung. Im polnischen Industrie streiken auf der Königin Luise-Gube von 2300 Arbeitern nur 165 für den Streik. Es kamen demnach auch nur wenige Leute zur Arbeit, aber dies ist, wie auch der Streik in Gdansk, lediglich ein Streik auf den Terror zurückzuführen. Die Forderungen der Polen sind nur politischer Art und sollen an die Entschädigungskommission gerichtet werden. Die Streikforderung betrifft die Verteilung der Sicherheitspolizei. Die Entschädigung wird ein solches Streik fällen müssen, denn es darf kein Streik geben, wenn doch, wenn sie die Verteilung der Sicherheitspolizei beibehalten sollte, die deutschen Industriearbeiter in den Streikstreik eintreten würden.

Der politische Streik in Oberschlesien stellt sich immer mehr als ein Streik dar. Am Sauerländer Streik streiken abends die größte Gruppe Obereschlesien, die Rhein-Sauer-Gube, bis auf 100 Mann, vollständig. Ebenso arbeiten die Größte Sauer-Sauer-Gube, vollständig. Die übrigen Gruben in Sauer und Sauer-Sauer streiken. Auf der Sauer-Gube streiken in Sauer 75 Prozent, auf Sauer-Gube streiken 75 Prozent und in Sauer 75 Prozent. In Sauer streiken 75 Prozent auf einen Tag zu emporsteigen, weil der Streik streikt nur 25 Prozent. Es muß auch in Sauer streiken werden, daß heute Montag ist und am Montag streikt nicht viel gearbeitet wird. In der Sauer-Gube wird vollständig gearbeitet.

### Einzelheiten aus der Preussischen Besoldungsreform

Wir sind in der Lage, nach Einsichtnahme in den Entwurf eines Gesetzes betr. das Dienstverhältnis von Beamten der unmittelbaren Staatsbeamten einiges von allgemeinem Interesse mitteilen zu können.

- Der Gesetzentwurf zerfällt in 6 Teile:
1. Dienstverhältnis;
  2. Kinderbeihilfen;
  3. Wartegeld, Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge;
  4. Ausgliederungszugang;
  5. Uebergangsvorrichtungen;
  6. Schluß-Vorrichtungen.
- Das Dienstverhältnis setzt sich aus Grundbehalt (mit dreijährig steigenden Dienstaltersstufen) und den Ortszulagen zusammen. Auf gewählte Dienstleistungen werden 20 bis 50 v. S. des Ortszulages angerechnet. Dieser Ortszulage beträgt für Gehälter bis 4500 Mfl. bis 7000 Mfl. bis 1.000 Mfl. und über 11.000 Mfl. in Ostpreußen A 2000 bis 3000 Mfl. und für Ostpreußen A auf 1000 bis 2200 Mfl. jährlich. Das Dienstverhältnis wird nach dem Ortstag des Dienstalters bestimmt (S. 5). Hier fehlt eine Vorrichtung, daß er auch nach dem Ortstag des tatsächlichen Dienstalters gewährt werden kann, falls der Beamte ein bestimmtes Dienstverhältnis seine Wohnung findet.

Sondervergütungen für Lebensstunden sind gemäß § 7 für plan- und für nicht planmäßige Beamte ausgedehnt, mit anderen Worten der Beamte hat zu arbeiten, wie früher, für ihn gibt es ein usnahmegesetz vom 8-21. Montag, das der Arbeiter selbstverständlich mit Streik beantwortet würde. Wir halten den 8-21. Montag an, für sich ein Unglück, besonders in Deutschland gegenwärtiger Lage; aber wir nehmen wohl nicht mit Unrecht an, daß die Beamten solche Ausnahmeverordnungen meinten werden. Eschenbach, weil § 7 Abs. 1 Satz 2 eine zweite Ausnahmevorschrift enthält, „die im Einzelfall... außerordentliche...“ giltungen“ nicht ausschließlich Beamte, mit denen wir über diese Bestimmungen sprechen, seien sofort auch „Zehner, Giebel“ natürlich, weil sie sehr selten, daß außerordentliche Vergütungen nur in solchen Einzelfällen gewährt werden, für sie (so in Parteiverträgen) vorgelesen sind. Solche Ausnahmevorschriften erhalten die Beamten die Lage.

Sie fernzeichnen den Geist den neuen, freibestimmten, der am Werke war. Krab reaktionär wird vorangetragen. So sagt § 2: „Das Grundbehalt...“ heißt nach Dienstaltersstufen mit absteigender Aufwärtsstufen...“ aber § 11 — ausgedehnt — fort. Auf das Streikrecht im Grundbehalt... nach § 2 haben wir die rätlichen Beamten einen Rechtsanspruch...“ Und § 12 sagt: „Das Streikrecht...“ nach § 2 kann verlangt werden, wenn gegen das Dienstliche und außerordentliche Verhalten des Beamten eine erhebliche Verstöße vorliegt.“ Verstöße geht an die „oberste Verwaltungsbeförderung“. Wir wissen, wie es gemeint ist Vestigia terrent! Der Parteiminister, dem das außerordentliche (!) — also § 2, das politische Verhalten eines Beamten nicht gefällt, verlangt ihm als oberste Verwaltungsbehörde die Dienstaltersstufe. Das Dienstverhältnis der Beamten und überhaupt qualifizierten Meinungsfreiheit der Beamten und überhaupt eine starke Berücksichtigung des noch geltenden Rechtszustandes. Denn der alte Staat ließ seine Beamten nicht so flehentlich ums Wort ringen, und schätzte ihre Rechte ausdrücklich durch ein Disziplinarverfahren, dessen letzte Instanz das Staatsministerium war. Künftig soll eine parteigekennzeichnete Abhängigkeit, nämlich der Herr Minister, entscheiden, und nicht, wie jetzt, in erster Instanz, Beamte, die dem Lebensalter beizulassen haben. Wie sehr nicht die Politik, die Beamten zu knechten, vordringend war, ergibt sich § 10 (Verwaltungsbeamten), in dessen Absatz 3 heißt es, daß, wenn die planmäßige Anstellung wegen unzureichender Befähigung... oder aus anderen in der Verordnen des Beamten liegenden Gründen ausgesetzt worden ist... Die Zeit dieser Verordnen von der Anrechnung ausgedehnt“ bleibt... — Wer nichts kann, soll in den Verordnen durchfallen, damit die Verwaltung von unfähigen Beamten vermindert bleibt. Es ist aber nicht angeht, Willfür wollen zu lassen und irgendwem vor der planmäßigen Anstellung aus geheimnisvollen Gründen „unzureichende Befähigung“ festsprechen oder durch Auffindung von „anderen“ d. h. natürlich politischen... in der Verordnen des Beamten liegenden Gründen“ den Beamten die Verordnen der Befähigungsbeamten zu gestatten. Das heißt denn doch, der Schicksalhaftigkeit der Beamten und ihren persönlichen Gründen den missglückten — natürlich politisch missglückten — Stellenanwärtern die Parteifreunde vorziehen. Auch hier fehlt ein Rechtsweg, der bisher für die nicht planmäßigen Beamten bestand.

Nach § 18 werden Kinderbeihilfen beibehalten in Höhe von 10 Prozent des Ortszulages, mindestens aber 80 Mfl. Regener Betrag soll schon erhöht sein, ebenfalls das Alter, für das es gewährt werden. nämlich bis zum





# Halle und Umgebung

Seite 11. Mal

**Handelsfachschule und Einheitsfachschule**  
 Dr. rer. pol. Hesse, Halle.  
 Die Handelsfachschule ist ein neuartiges Schulwesen, das den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

**Staatshilfenleistungen anstellen.** (Sollte noch jemand daran zweifeln, dass die Verwirklichung der Staatshilfenleistungen ein leichtes Unterfangen ist, so wird ihm schon ein leichtes Unterfangen sein. Die Verwirklichung der Staatshilfenleistungen ist ein leichtes Unterfangen, das den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

ein solches Ereignis, auf das am 16. Mai Millionen Menschen ihre Blicke richteten, niemals wiedersehen, wenn der Versuch am 16. Mai zu münden föhig läßt. Darum ergreife an jeden Gelegenheitsfall die dringende Bitte: Höre mit, wenn du die Gelegenheit siehst, die sich bietet.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

**Die Grundlagen der Arbeitslohnversicherung**  
 Der nach unvollendeten Vorbereitungen nimmer auf dem Arbeitslohnversicherung geleitete Gegenstand zur Einführung einer Arbeitslohnversicherung stellt ein Problem zur Lösung, dessen Wichtigkeit und Bedeutung bereits bekannt worden ist, an das aber das Reich bisher nicht herantreten hat. Die Lösung dieses Problems ist ein dringendes Bedürfnis der Arbeiterklasse.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen. Die Handelsfachschule ist eine Fachschule, die den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Sie ist eine Ergänzung der bestehenden Schulen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht entsprechen.

